

Christlich Demokratische Union & Bündnis 90/DIE GRÜNEN

FRAKTIONEN IM RAT DER STADT MEERBUSCH

CDU & Bündnis 90 / Die Grünen - Meerbusch

Vorsitzender Bau- und Umweltausschuss

Leo Jürgens

Dorfstr. 20

40667 Meerbusch

21.03.2018

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen stellen folgenden Antrag für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 11.4.18:

Der Bau- und Umweltausschuss beauftragt die Verwaltung, alternativ zur bisherigen Verwaltungsvorlage folgende Planung für den Radweg an der Römerstraße in Büderich zu untersuchen:

- Verbreiterung des vorhandenen Fahrradwegs auf die Breite der gesetzlichen Bestimmung, damit der Fahrradweg in beide Richtungen auf dem Gehweg befahrbar ist.
- Sollten an einigen Stellen die Möglichkeiten im bestehenden öffentlichen Raum nicht möglich sein, wird die Verwaltung beauftragt nötigenfalls dieses über Grunderwerb an jenen Stellen zu planen und mit den Eigentümern der Flächen über einen Verkauf zu verhandeln. Etwaige benötigte zusätzliche Finanzmittel sind dann nötigenfalls im Ausschuss darzustellen und gesondert abzustimmen.
- Die vorhandenen Parkstreifen sollen verkleinert (ca. 5 Parkplätze) und durch die Verwaltung so neu angeordnet werden, dass die aktuelle missliche verkehrsbehindernde und zum Teil verkehrsfährdende Situation der Busse – insbesondere der Gelenkbusse – in Richtung Deutsches Eck optimiert wird – wenngleich die Entschleunigung des Verkehrs an dieser Stelle mit Blick auf das Gewerbegebiet auf Neusser Gemarkung (Bataverstraße) seitens der Antragsteller weiterhin gewünscht wird.
- Die Verwaltung wird zugleich beauftragt mit den Städten Neuss und Düsseldorf eine Anbindung des neu entstehenden Gewerbegebiets auf der Bataverstraße über Handweiser, die Verlängerung der Zülpicher Straße oder eine andere Lösung zu verhandeln, die die bisherige Streckenführung über Meerbusch signifikant entlastet.

Begründung:

Die Antragsteller sehen an der Römerstraße die Notwendigkeit der Optimierung des Radwegeverkehrs. Jedoch sehen wir im Gegensatz zum Radwegekonzept die Römerstraße in einem weitergehenden strategischen Gesamtkontext zum einen als allgemeine Zubringer-Straße in Meerbusch, zum zweiten als Schulweg und zum dritten in seiner strategischen Bedeutung für das Gewerbegebiet Bataverstraße auf Neusser Stadtgebiet. Hier gilt es mehrere Interessen weitergehend zum reinen Radfahr-Bedarf zu betrachten.

Entgegen der Planung des Radfahrkonzepts sehen wir, dass die aktuell ca. 25 Parkplätze nicht vollends auf einmal verschwinden können. Der Parkbedarf ist vorhanden und kann sich an dieser Stelle nicht in Luft auflösen. Eine Entfernung der vollständigen Anzahl der Parkflächen würde den Parkdruck und den Verkehr in die umliegenden Siedlungen hineintragen, wo der Parkdruck aktuell schon hoch ist. Dennoch sehen wir die Möglichkeit über eine leichte Reduktion um ca. 5 Plätze und eine optimierte Anordnung der Parkzonen, eine Verbesserung der aktuell durchaus kritischen Sachlage – insbesondere für den Bus-Verkehr – herbeizuführen.

Die verbleibende verkehrsberuhigende Wirkung soll zudem die Attraktivität für LKW auf diesem Stück als Lieferstrecke für die Bataverstraße minimieren. Solange diese Situation der Anlieferung eines wachsenden Gewerbegebiets alternativ zur Römerstraße nicht geregelt ist, sehen wir, dass die Akzeptanz eines Fahrradwegs auf der Straße bei überdurchschnittlichem LKW-Verkehr nicht in dem Umfang gegeben ist, wie es wünschenswert wäre.

Um diesen Status Quo zu verbessern beauftragen wir die Verwaltung, mit den betroffenen Städten Neuss und Düsseldorf über eine insbesondere für LKW optimalere Anlieferstrecke des neuen Gewerbegebiets beispielsweise über den Handweiser oder die Verlängerung der Zülpicher Straße zu verhandeln. Da dieses in unserer Erwartung ein langfristiges Projekt ist, wollen wir die Zielsetzung des Radwege-Konzepts entsprechend der Rahmenbedingungen dennoch vorantreiben. Um den aktuell nicht hinreichend breiten Zustand des Radwegs auf dem Gehweg zu verbessern, wollen wir diesen auf die vorgegebenen Maße verbreitern. Somit sollen die aktuellen Vorgaben der Straßenverkehrsordnung umgesetzt werden. Uns ist bewusst, dass es an manchen Stellen dazu kommen kann, dass die notwendige Breite nur über zusätzlichen Grunderwerb möglich ist. Dieses und die entsprechenden Kosten mögen dann von der Verwaltung in der weiteren Planung im Ausschuss dargestellt und zur weiteren Fortschreibung der Planung erneut zur Abstimmung gebracht werden. Wir gehen jedoch davon aus, dass sich diese Mehrkosten im Verhältnis zu den Kosten der Umsetzung des Gesamtkonzepts im Rahmen halten werden.

Werner Damblon
CDU

Jürgen Peters
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN